

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #01/2013

12. Januar 2013

Für den kommenden Dienstag wurde ich vom Deutschen Gewerkschaftsbund eingeladen, an seiner Klausurtagung teilzunehmen. Ich habe diese Einladung sehr gerne angenommen, geht es mir doch – im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft – sehr darum, das konstruktive Gespräch mit den Gewerkschaften zu pflegen.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam positive Erfahrungen gemacht. Bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hat sich gezeigt, dass Soziale Marktwirtschaft in Deutschland funktioniert. Auf der einen Seite hat die Regierung Vorschläge für die Überwindung der Krise gemacht, auf der anderen Seite konnten wir sehen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter diese Vorschläge aktiv umgesetzt haben. So ist es gelungen, dass wir die Zahl der Arbeitslosen reduzieren konnten, die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren gewachsen ist; so dass die Beschäftigungssituation heute so gut ist, wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren immer wieder dafür eingesetzt, dass junge Menschen Ausbildungsplätze bekommen. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Und sie haben sich dafür eingesetzt, dass die Arbeitsbedingungen auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer akzeptabler werden und die Zahl der Beschäftigten auch über 55 sich erhöhen konnte.

Außerdem haben die Gewerkschaften eine ausgesprochen konstruktive und positive Rolle bei der Überwindung der Euro-Schuldenkrise gespielt. Dies ist ganz besonders wertvoll, weil sich hier gezeigt hat, dass deutsche Gewerkschafter nicht nur an deutsche Interessen denken, sondern sich genauso, wie wir das politisch sehen, in Europa zu Hause fühlen und Europa als unsere gemeinsame Zukunft ansehen.

Natürlich wird es bei dem Gespräch mit den Gewerkschaften auch strittige Themen geben. Ich zum Beispiel glaube, und dies ist auch die Meinung der Bundesregierung, dass Erhöhung von Steuern in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation auch Beschäftigung und Arbeitsplätze gefährden würde. Hierüber werden wir uns kritisch auseinandersetzen.

Genauso über die Frage, ob wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn brauchen, oder ob wir hier nicht variable Strukturen haben sollten, in denen die Tarifpartner zwar überall faire untere Lohngrenzen vereinbaren, aber nicht einen einheitlichen Mindestlohn anstreben.

Der konstruktive Dialog mit den Gewerkschaften gehört für mich als Teil der gelebten Sozialen Marktwirtschaft zu meiner politischen Arbeit, und deshalb freue ich mich auf die Diskussion mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund.